

Sie wollen den großen Krieg

**Krankenhäuser und die gesamte Gesellschaft sollen
"kriegstüchtig" werden - Ruhe an der Heimatfront?**

Die Bundesregierung und ihre Auftraggeber in den Konzernvorständen planen den Krieg gegen Russland. Kriegsminister Pistorius sagt ihn für 2029 voraus: Russland greift ein baltisches Land an und der NATO-Bündnisfall tritt ein. "Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte, und das heißt, wir müssen kriegstüchtig werden, wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen." So sprach Minister Pistorius in einem Interview mit dem ZDF am 29.10.2023.

Deutschland wird in diesem Krieg nicht mehr "Frontstaat" sein, sondern die Rolle einer "Drehscheibe" einnehmen. Über das Gebiet der BRD werden die "Friedenstruppen" und das Kriegsgerät der NATO zur Ostfront transportiert. Dazu wird die notwendige funktionsfähige Infrastruktur bereitgehalten werden. Die Krankenhäuser der BRD werden geschätzt bis zu 1000 Verletzte pro Tag auf-

Von Udo Stunz

nehmen und versorgen müssen. Darauf ist das deutsche Gesundheitswesen nicht vorbereitet. Deshalb müsse das Gesundheitssystem "resilient" werden. Die ohnehin unterfinanzierten Krankenhäuser werden sich auf den Kriegsfall vorbereiten müssen. Das heißt auch, dass Soldaten bevorzugt und Zivilisten nachrangig behandelt werden.

Nicht nur das Gesundheitssystem, sondern alle Gesellschaftsbereiche werden auf die Kriegsvorbereitung ausgerichtet. Das geht einher mit dem umfangreichen Ausbau des Militärbereichs (reaktionär-militaristischer Staatsumbau) und dem weiteren Abbau der bürgerlichen Demokratie, Steuererhöhungen, Inflation und Sozialabbau. Der Militarismus umklammert die Gesellschaft mit einem Netz militaristischer Macht- und Propagandainstitutionen das das gesellschaftliche Leben in seinem Interesse reglementiert und alle öffentlichen wie auch privaten

Bereiche mit militaristischer Ideologie durchdringt.

Der Widerstand gegen Aufrüstung, Abbau von Grundrechten, Verarmung großer Teile der Bevölkerung, Abwälzen der Rüstungsschulden auf die Arbeitenden, Schüren von Hass auf die Völker Russlands und Chinas formiert sich nur langsam. In Deutschland sind es die Schülerinnen und Schüler, die gegen Militarisierung, Aufrüstung, Wehrpflicht und das zukünftige Verrecken in Schützengräben streiken. Der Streik deutscher Hafenarbeiterinnen und -arbeiter gegen das Verschiffen von Kriegsgerät wie in Italien steht noch aus. Die Bildung von Antikriegsgruppen durch die Beschäftigten in den deutschen Krankenhäusern muss noch organisiert werden ebenso wie die Weigerung der Eisenbahnerinnen und Eisenbahner Kriegstruppen und Panzer zu transportieren.

Die Führung des DGB und ein Großteil der Gewerkschaftsleitungen haben sich

Fortsetzung auf Seite 3



Auch am 5. März 2026 demonstrierten wieder rund 1.000 Dortmunder streikende Schülerinnen und Schüler gegen die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht.



Auf ein Wort ...

Olympija oder nein ?

Petra Krug, DKP Dortmund, Stadtteilgruppe West

Am 19. April findet in 19 NRW-Kommunen, so auch in Dortmund, ein „Ratsbürgerentscheid“ statt. Per Briefwahl soll darüber abgestimmt werden, ob die Bewerbung für die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2036, 2040 und 2044 in NRW von der Bürgerschaft gewünscht ist. Wahlunterlagen dazu werden ab Mitte März versandt.

10 Millionen € lassen sich Land und Kommunen die Abstimmung kosten. Hinzu kommen die Kosten für aufwendige Lichtprojektionen und Werbeveranstaltungen.

OB Kalouti zeigt sich zuversichtlich: „Ich glaube, auf die Dortmunder kann man sich verlassen. Es gibt kaum eine Bevölkerung, die so sportbegeistert ist.“

Gut gebrüllt, Löwe, wenn man die Sportbegeisterung an stets ausverkauften BVB-Spielen misst! Schaut man sich

aber die Verhältnisse jenseits der Zuschauerränge bei Großveranstaltungen genauer an, besteht wenig Grund für Begeisterung:

Marode Turnhallen und Sportstätten, ausfallender Sportunterricht, geschlossene Freibäder, überteuerte Eintrittsgelder etc.! Der Sanierungsstau an deutschen Sportstätten wird laut Städte- und Gemeindebund auf deutlich über 50 Milliarden Euro beziffert und verleitet nicht unbedingt zu eigener sportlicher Betätigung.

Der sukzessive Niedergang des deutschen Spitzensports, wie er sich auch wieder bei den Olympischen Spielen in Paris gezeigt hat, ist nicht zuletzt ein Resultat dieser Zustände. Wer den altbekannten Argumenten der Olympia-Befürworter – Wirtschaftsförderung, Infrastrukturprojekte, Sportförderung etc. – auf den Leim geht, der beschäftigt sich einmal mit den Erfahrungen aus den letzten Spielen: steigende Mieten, Vertreibung von Obdachlosen aus den Städten, Verkehrs- und Umweltprobleme, Schulden für die Kommunen, Bereicherung weniger Profiteure.

Deshalb empfehle ich: Ein klares NEIN zur Olympiabewerbung am 19. April! Ein klares JA zu Investitionen in Sportstätten und Breitensport !

„Faschismus kommt nicht über Nacht, - er wird vom Kapital gemacht“

Von Bernhard Münster

Mit einer Mahnwache an der Dortmunder Hainallee/Eintrachtstraße erinnerte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA) am 07. Jan. 2026 erneut an die Tagung der „Ruhrlade“ in der dortigen, mittlerweile abgerissenen, Villa Springorum vom 07. Januar 1933. Die Ruhrlade war ein Geheimbund mit auserlesenen Führern der westdeutschen Schwerindustrie (darunter aus Dortmund: Friedrich Springorum, Hoesch AG; Albert Vögler, Vereinigte Stahlwerke).

Damals traf man sich mit dem ehemaligen Reichskanzler und späteren Vizekanzler unter Hitler, Franz von Papen, um die Machtübergabe an die Nazis durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler taktisch und finanziell vorzubereiten. Drei Tage vorher, am 04. 01. 1933 hatten sich Hitler und von Papen in der Villa des Bankiers Schröder in Köln getroffen und die Machtübertragung zum 30. 01. 1933 abgestimmt.

Seit dem Jahr 2009 führt die VVN an dem ehemaligen Standort der Villa Springorum die Mahnwachen durch. Seit damals fordert sie von der Stadt Dortmund in Form eines Bürgerantrages die Anbringung einer Mahntafel, die auf das Ereignis aufmerksam macht. Darin soll auf die Unterstützung und Begleitung der Machtübergabe an die Nazis durch die heimische Schwerindustrie hingewiesen werden. Eine entsprechende Mahntafel wurde in Köln vor der ehemaligen Villa Schröder bereits 1996 angebracht.

Bis heute hat die Stadt diese Anträge durchgängig abgelehnt. Mit Berufung auf Veröffentlichungen aus den 80er Jahren behauptet sie, eine Förderung der Nazis durch die Ruhrlade bereits zu diesem Zeitpunkt sei historisch nicht bewiesen. Das ist nachweislich falsch. Wie die VVN dargelegt hat, ist durch mehrere historisch-wissenschaftliche Veröffentlichungen aus späterer Zeit (wie z.B. in „Ökonomie der Zerstörung“ des britischen Historikers Adam Tooze) deren frühe Beteiligung ohne Zweifel belegt.

Trotzdem weigert sich die Stadtverwaltung.

Hintergrund ist offensichtlich, dass man es sich mit den Erben der damaligen Täter und Kriegsgewinnler nicht verderben will. Sie haben auch heute noch die Macht, die Politik zu bestimmen. Ob sich die Position der Stadt angesichts des erneuten Antrages der VVN geändert hat, bleibt abzuwarten. Die DKP unterstützt die VVN und fordert die Stadt auf, die Gedenktafel unverzüglich anzubringen.



Dieses Foto stammt von der vorletzten Mahnwache der VVN-BdA am 7. Januar 2025

Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder

Anstieg der Lebenshaltungskosten nicht aufgefangen

Von Hanfried Brenner

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder wurden am 14. Februar 2026 mit einer Einigung in der dritten Verhandlungsrunde beendet.

Nach der Einigung fanden Mitgliederversammlungen und eine digitale Umfrage statt. Die Kolleginnen und Kollegen sollen sich entscheiden: Stimmst Du diesem Ergebnis zu oder lehnt Du ab und bist bereit, für ein anderes Ergebnis in einen Erzwingungsstreik zu gehen? Bis zu unserem Redaktionsschluss lag hierzu noch kein Ergebnis vor.

Es gibt allerdings viele Gründe, diese Tarifeinigung abzulehnen. Zu groß ist der Abstand zur aufgestellten Forderung der Mitglieder. Auch kann der Anstieg der realen Lebenshaltungskosten mit diesem Abschluss nicht aufgefangen werden.

Was aber auch dazugehört, ist eine Einschätzung der aktuellen Kräfteverhältnisse. Die erzielte Einigung zeigt ein realistisches Bild über den gewerkschaftlichen Organisationsgrad im öffentlichen Dienst der Länder. Es gibt bundesweit kaum Betriebe, die erzwingungsstreikfähig sind. Ein Großteil der Mitglieder hat sich nicht an den Streikmaßnahmen beteiligt.

Die Diskussion in Betrieb und Gewerkschaft muss dazu führen, betriebliche Stärke aufzubauen.

Und dazu gehört nicht zuletzt die Einsicht in die Unversöhnlichkeit des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit - eine Realität, die auch für die Tarifrunden des Öffentlichen Dienstes maßgeblich ist.

Nur auf dieser Basis kann es gelingen, die Belegschaften in die zu erwartenden verschärften Auseinandersetzungen der nächsten Jahre zu führen.

Und das wird auch nur mit Gewerkschaften funktionieren, die die Augen nicht

Das Verhandlungsergebnis

Der ursprünglichen Forderung von 7 Prozent, mindestens 300 Euro, steht eine dreistufige Lohnerhöhung von 5,8 Prozent gegenüber: Nach fünf Nullmonaten (der Tarifvertrag gilt rückwirkend ab dem 1. November 2025) sollen die Entgelte zum 1. April um 2,8 Prozent steigen, mindestens aber um 100 Euro. Im März 2027 erfolgt eine Steigerung von 2 Prozent und zum 1. Januar 2028 die letzte Erhöhung um 1 Prozent. Für die Auszubildenden erfolgt die Anpassung entsprechend um zweimal 60 Euro und im letzten Schritt um 30 Euro, in Summe also 150 Euro – bei einer Forderung von 200 Euro für 12 Monate. Die Laufzeit des Tarifvertrags soll 27 Monate betragen.

Zu den weiteren Forderungen, die sich auf dem Lohnzettel bemerkbar machen sollten, gehörte die Erhöhung aller Zeitzuschläge (Nachtarbeit, Feiertage, Wochenenden) um 20 Prozent. Hierzu vermerkt die von ver.di veröffentlichte Gegenüberstellung von Forderung und Ergebnis: „Keine Einigung. Wir bleiben dran.“ Stattdessen wurde die Angleichung der Schicht- und Wechselschichtzulage an die Zahlungen im TVöD (Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst) vereinbart, was aber nur deutlich weniger Beschäftigten zugute kommt. Keine Einigung gab es unter anderem auch bei der Forderung nach einem zusätzlichen freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder. Auch der Tarifvertrag für die rund 300.000 studentisch Beschäftigten konnte nicht durchgesetzt werden, auch wenn eine Anpassung der Stundenentgelte vereinbart wurde.

Die Beendigung einer großen tarifvertraglichen Ungerechtigkeit ist im Bereich der Ost-West-Angleichung gelungen. Ab 2027 gilt für langjährig Beschäftigte in den ostdeutschen Bundesländern der gleiche Kündigungsschutz. Und bis 2029 wird die Arbeitszeit in den Unikliniken in Jena, Greifswald und Rostock in drei Schritten von 40 Stunden auf 38,5 Stunden pro Woche reduziert.

länger vor dem Zusammenhang von Aufrüstung und Kriegskurs einerseits und Sozialabbau und immer schlechteren Tarifabschlüssen andererseits verschliessen.

Fortsetzung von S. 1

in Sozialpartnerschaft und Burgfrieden eingerichtet. Es wird schwer sein, den Einfluss des Sozialdemokratismus, d. h. der Politik der Klassenversöhnung, des Bündnisses mit der eigenen Bourgeoisie und des Standortnationalismus zurückzudrängen. Das ist die schwierige Aufgabe der Friedensbewegung und der Kriegsgegner in der deutschen Linken.

Die Gewerkschaften sind die größten Klassenorganisationen der Arbeitenden. Ohne sie wird der Kampf gegen den Krieg schwerlich zu gewinnen sein.

Und immer noch gilt der Aufruf zum Widerstand von Karl Liebknecht: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" (gesehen auf einer Streikkundgebung der Schülerinnen und Schüler am 5. März 2026).



KURZ & BÜNDIG

AfD und CDU gehen baden

Nicht wirklich, leider nur übertragenen Sinn. Der Rat der Stadt Dortmund beschloss nach quälenden Diskussionen, das Schwimmbad in Dortmund-Deusen zu sanieren. Linke, BSW und SPD im Stadtrat und zuvor in der Bezirksvertretung haben dem zugestimmt. CDU und AfD stimmten gegen die Freizeitbedürfnisse der Bürger und mussten eine Schlappe hinnehmen. Ja, nicht jeder hat einen Swimmingpool am Haus. Die SPD feiert das Ergebnis, musste aber für den Erhalt des Schwimmbades ordentlich gestoßen werden. Der hohe Sanierungsaufwand ist schließlich auch auf ihre Politik zurückzuführen. Sie hat vor 30 Jahren Schwimmbäder in eine städtische GmbH ausgelagert, diese finanziell knapp gehalten und so den Sanierungstau zu verantworten. Jetzt können die Bürger des Dortmunder Nordwestens für 2027 wieder hoffen, Sommerfreizeit im Schwimmbad zu verbringen.



Hurra, da wird der Fritze Merz sich aber mächtig gefreut haben: als Deutschlands unbeliebtester Regierungschef seit Beginn der Meinungsforschung räumt man schließlich nicht alle Tage einen Preis ab! Der „Große Stutenkerl 2026“ des Bäckerinnungsverbands West wurde am 17. Januar zu Dortmund in seine Hände gegeben, die vermutlich rein waren wie die weißen Jacken der anwesenden Bäcker, denn die Hände machen sich ja bekanntlich andere schmutzig.

Laudator war Joachim Watzke vom BV-Rheinmetall, mit dem ihn das Aufwachsen im Land hinter den 1000 Bergen zu inniger Freundschaft verschweißt hat. Der hätte es wahrscheinlich besser gefunden, wenn der teigige Mann mit den Rosinen-Augen statt der traditionellen Tonpfeife ein Scharfschützengewehr im Arm halten würde.

Wofür aber wurde nun der Kanzler geehrt? Der Innungsverband verleiht den Preis an Persönlichkeiten, die sich besonders für das deutsche Handwerk, vorrangig die Standortsicherung, einsetzen. Das erstaunt, denn laut Zentralverband des Deutschen Handwerks gab es im letzten Jahr mit 5 000 Insolvenzen so viele Pleiten wie seit 10 Jahren nicht mehr.

Wir hätten da ein paar Ideen für geeignetere Preise: Der goldene Spaten des Stadtverbandes der Kleingärtner z.B. für das zielstrebige Schaufeln am Grab der mittelständischen Wirtschaft, oder noch besser: die Große Abrissbirne für die erfolgreiche Zerstörung der letzten Überreste des „Sozialstaates“.

Erklärung der DKP zum Krieg gegen den Iran

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) verurteilt die militärischen Angriffe Israels und der USA auf zivile und militärische Ziele in verschiedenen Regionen des Iran und solidarisiert sich mit dem angegriffenen Land. Der Angriff ist völkerrechtswidrig und torpediert die Atomverhandlungen mit dem Iran. Die deutsche Bundesregierung wurde nach eigenen Angaben im Vorfeld über die Kriegshandlungen informiert und trägt aufgrund ihrer Untätigkeit eine Mitverantwortung für diese gefährliche Eskalation. (...)

Das aggressive Vorgehen der Kriegsregierungen von Trump und Netanjahu und die De-facto-Unterstützung durch Bundeskanzler Merz sind mit den Prinzipien des internationalen Rechts und einer friedlichen Außenpolitik zum Wohle unseres Landes nicht zu vereinbaren. Die Unterstützung des Vorhabens, die Regierung in Teheran zu stürzen, wird von Vertretern der Bundesregierung mit der sogenannten „Staatsräson“ begründet. Diese entkernt die Lehren aus zwei Weltkriegen und aus der Befreiung Europas vom Hitler-Faschismus. Diplomatie und Kooperation im Rahmen der Vereinten Nationen sind so nicht möglich. (...)

Die Reaktion der Bundesregierung ist zu verurteilen, denn sie stellt sich an die Seite der Aggressoren, während andere Regierungen die Einhaltung des Völkerrechts fordern. Die DKP ruft die Arbeiter- und Friedensbewegung zum Protest gegen die Unterstützung des Kriegs gegen den Iran durch die Bundesregierung auf und fordert den Abzug aller US-Truppen aus Deutschland. (...)

(Wir mußten die Erklärung aus Platzgründen kürzen)

Kontakt zur DKP

- ☐ mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- ☐ Kontakt zu einer Gruppe in meiner Nähe
- ☐ Mitglied werden

Name
 Straße
 PLZ/Ort
 E-Mail

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an DKP Dortmund, Oesterholzstr. 27, 44145 Dortmund; oder E-Mail an Info@dkp.dortmund.de

**Zeitung der DKP:
Kommunistische
Standpunkte,
marxistische Analysen
Woche für Woche!**

**6 Wochen Probeabo
Zeitung und Online-
Ausgabe > gratis**

**Das 6-Wochen-
Probe-Abo endet
automatisch.
Dabei entstehen für
Sie keine weiteren
Verpflichtungen!**

CommPress Verlag
 Carol Schröder
 Hoffnungstraße 18
 45127 Essen
 Tel.: 0201 177889-15
 (14h-18h)
 Fax: 0201 177889-28
 E-Mail: abo@unsere-zeit.de



Das Zitat
 „Die USA haben
 Interessen, keine
 Verbündeten.“

Henry Kissinger (1923 - 2023)
 Nationaler Sicherheitsberater
 und Außenminister unter den
 Präsidenten Nixon und Ford

TERMINE der DKP-Gruppen

- > Jeden letzten Donnerstag im Monat (i.d. Regel) findet um 19 Uhr im Z** eine **Diskussionsveranstaltung** der DKP Dortmund zu einem aktuellen Thema statt.
- > Jeden 3. Dienstag im Monat um 18 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Ost** im Z.
- > Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe West** *
- > Jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19.00 Uhr trifft sich die **DKP Gruppe Nord-Süd** im Z**

* Die Versammlungsorte der Stadtteilgruppen West sind zu erfragen unter: > [info\[at\]dkp-dortmund.de](mailto:info[at]dkp-dortmund.de)

** Z = Zentrum für Kultur und Politik, Oesterholzstr. 27 (Nähe Borsigplatz)

Impressum & Kontakt

Heisse Eisen c/o
 Deutsche Kommunistische
 Partei

Oesterholzstr. 27,
 44145 Dortmund,
Info@dkp.dortmund.de
www.dkp-dortmund.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
 09.03.2026

V.i.S.d.P.: Dave Varghese

Spendet für die Kommunistische Partei

Auch kleine Beiträge helfen weiter!
 Sparkasse Dortmund
 IBAN: DE 49 4405 0199 0142 0684 51
 Stichwort Spende

